

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Digitales (23. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3493 –**

Stillstand und unklare Zuständigkeiten in der Digitalpolitik beenden – Für eine ambitionierte und koordinierte Digitalstrategie

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass Fragen der digitalen Souveränität, der digitalen Widerstandsfähigkeit sowie einer guten und verlässlichen Infrastruktur zentral für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger seien.

Die gewaltigen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft stehe, könnten nur mit starker digitaler Unterstützung gelöst werden. Die bisherige Bilanz in der Digitalpolitik der von den Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP getragenen Bundesregierung sei jedoch ernüchternd: Die Digitalstrategie sei verspätet vorgelegt worden und die Umsetzung laufender Digitalprojekte – wie des Digitalbudgets – hake an vielen Stellen.

Die am 31. August 2022 von der Bundesregierung verabschiedete Digitalstrategie bleibe weit hinter den Ansprüchen eines international wettbewerbsfähigen Hochtechnologielandes zurück. Der Staat solle als Vorbild und Vorreiter der Digitalisierung mit gutem Beispiel vorangehen sowie mit klaren gesetzlichen Leitplanken, Anreizen, gezielter Förderung, konkreten Zielen und einem strategischen Ansatz die kreativen Kräfte der Menschen und Unternehmen entfesseln.

Der von der CDU/CSU-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode angestoßene erfolgreiche Schub in der Digitalisierung müsse dementsprechend fortgesetzt werden und dürfe nicht durch das Zuständigkeitschaos in der regierenden Ampel-Koalition zum vollständigen Stillstand kommen.

Vor diesem Hintergrund solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung insbesondere dazu auffordern, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel das Zuständigkeitschaos in der Digitalpolitik zu beenden und statt ständiger Mehrfach-Federführungen klare Verantwortlichkeiten zu schaffen. Dazu gehöre auch, dass die Bundesregierung bei wichtigen Verhandlungen auf EU-Ebene – beispielsweise zur EU-Verordnung für Künstliche Intelligenz – künftig wieder sprech- und handlungsfähig werden müsse.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3493 abzulehnen.

Berlin, den 21. Juni 2023

Der Ausschuss für Digitales

Tabea Rößner
Vorsitzende

Dr. Jens Zimmermann
Berichtersteller

Marc Biadacz
Berichtersteller

Maik Außendorf
Berichtersteller

Maximilian Funke-Kaiser
Berichtersteller

Barbara Lenk
Berichterstellerin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Jens Zimmermann, Marc Biadacz, Maik Außendorf, Maximilian Funke-Kaiser, Barbara Lenk und Anke Domscheit-Berg

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/3493** in seiner 54. Sitzung am 22. September 2022 beraten und an den Ausschuss für Digitales zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3493 in seiner 43. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3493 in seiner 61. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3493 in seiner 50. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Digitales** hat die Vorlage auf Drucksache 20/3493 in seiner 41. Sitzung am 21. Juni 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, dass der Antrag zwar bereits im September 2022 eingebracht worden sei, die Fraktion der CDU/CSU den darin enthaltenen Forderungen aber keine Priorität beigemessen habe. Anders sei der späte Aufsetzungswunsch nicht zu erklären. In fiskalisch schwierigen Zeiten die Gründung eines Digitalministeriums zu fordern, widerspreche der von der Antragstellerin sonst propagierten Haushaltsdisziplin. Der Antrag zeige, was die Bundesregierung seit September 2022 bereits geschafft habe. So sei gegen den beklagten Fachkräftemangel diese Woche ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht worden. Im Antrag würden 15 Milliarden Euro für Gigabitnetze gefordert, zur Verfügung gestellt worden seien sogar 17 Milliarden Euro, da die von privaten Investoren erwarteten 50 Milliarden Euro nach der Zinswende geringer ausgefallen seien. Der Antrag enthalte zwar einige richtige Forderungen, viele Punkte seien jedoch von der Bundesregierung bereits umgesetzt worden oder befänden sich in der Umsetzung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** warb für ihren Antrag und bemängelte, von den groß angekündigten digitalpolitischen Plänen der Bundesregierung seien nur wenige digitalpolitische Vorhaben umgesetzt worden. Entgegen den eigenen Ankündigungen seien die Zuständigkeiten für Digital- und Datenthemen nicht in einem Bundesministerium gebündelt, sondern auf viele Ressorts verteilt worden. Von der Digitalstrategie habe man sich einen roten Faden erhofft, es gebe aber weiterhin keine ineinandergreifende Digitalstrategie. Das angekündigte Digitalbudget, das Priorisierungen schaffen könnte, sei immer noch nicht vorgelegt worden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilte die von der Fraktion der SPD vorgenommene Bewertung. Die im Antrag angesprochene technische Souveränität werde zum Beispiel durch die Förderung der Investitionen von Intel in Magdeburg vorangetrieben. Die jetzige Bundesregierung habe die bereits angelegte Breitbandförderung verbessert. Die vom damaligen Bundesminister Scheuer verursachten Funklöcher müssten nun von der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft gestopft werden. Zum Onlinezugangsgesetz (OZG) habe der Bundesrechnungshof analysiert, dass die damalige Bundesregierung bei dessen Konzipierung versäumt habe, die erforderlichen Standards zu definieren, was nun die Umsetzung des OZG verlangsamt. Im Antrag werde der Fachkräftemangel beklagt, zugleich habe die Fraktion der CDU/CSU am heutigen Tage im Ausschuss für Inneres und Heimat das vorgelegte Fachkräfteeinwanderungsgesetz abgelehnt und damit eine vernünftige Fachkräfteeinwanderung verhindert. Die Start-up-Strategie der Bundesregierung werde viel gelobt. Die Forderungen zum Games-Standort Deutschland könnten nur mit mehr Haushaltsmitteln umgesetzt werden, es würden aber keine Vorschläge zur Finanzierung unterbreitet. Der Forderung nach mehr Open Data werde zugestimmt, dies werde im Koalitionsvertrag bereits adressiert.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich der Bewertung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Der Antrag sei nicht konstruktiv, sondern ein Sammelsurium an Forderungen. Durch die Digitalpolitik der CDU/CSU in den letzten Jahren sei die Ausgangsbasis denkbar schlecht gewesen. Es gelte nun, die richtigen Prioritäten zu setzen. Die Digitalstrategie der Bundesregierung habe nun Prioritäten gesetzt und nicht nur Leuchttürme, sondern vor allem Hebelprojekte aufgezeigt. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur habe eine erhebliche Dynamik angenommen. Massive Initiativen der Bundesministerien beim Thema Datenstandardisierung könnten verzeichnet werden. Digitalisierung sei eine Gemeinschaftsaufgabe, an der alle Ministerien zusammenarbeiteten. Als Beispiele seien die Schaffung digitaler Identitäten, die eID sowie die Smart-eID zu nennen.

Die **Fraktion der AfD** sah in dem Antrag ein Potpourri an Forderungen, das eine Verbildlichung der eigenen gescheiterten Politik sei. Deutschland sei in den Jahren der Regierungsverantwortung der CDU/CSU im Bereich Digitalisierung in so gut wie allen Kennwerten im internationalen Vergleich zurückgefallen. Sämtliche Ausbauperspektiven seien gebrochen worden. Es sei kein verantwortliches Digitalministerium gegründet, sondern ein Wirrwarr an Planungs-, Beratungs- und Umsetzungsgremien geschaffen worden. Einige Forderungen des Antrags würden unterstützt, wie die nach einem Digitalministerium, einem Digitalbudget und nach mehr Open Data. Die Forderung nach einer digitalen Währung und digitaler Identität unterstütze sie jedoch nicht.

Die **Fraktion DIE LINKE.** teilte einen erheblichen Teil der in dem Antrag geäußerten Kritik sowie die damit verbundenen Forderungen, unter anderem mit Bezug auf das festzustellende Zuständigkeitschaos, das noch immer fehlende Digitalbudget und die schleppende Verwaltungsdigitalisierung. Letztere basiere allerdings auf dem von der Antragstellerin handwerklich schlecht gemachten OZG, welches falsche Ziele verfolgt habe, schlecht gesteuert worden sei und keine verbindlichen Standards als elementare Voraussetzung für eine bundesweite Verwaltungsdigitalisierung eingeführt habe. Andere Forderungen der Fraktion der CDU/CSU, wie die nach einem Digitalministerium oder nach einer Aufweichung der Datenschutz-Grundverordnung lehne die Fraktion DIE LINKE. ab. Ebenso werde eine Berücksichtigung des Gemeinwohls zum Beispiel beim Thema Künstliche Intelligenz sowie beim autonomen Fahren vermisst.

Berlin, den 21. Juni 2023

Dr. Jens Zimmermann
Berichtersteller

Marc Biadacz
Berichtersteller

Maik Außendorf
Berichtersteller

Maximilian Funke-Kaiser
Berichtersteller

Barbara Lenk
Berichterstellerin

Anke Domscheit-Berg
Berichterstellerin

